Ä13

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: KLJB (dort beschlossen am: 06.05.2025)

Titel: **Ä13 zu A13: Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung**

Antragstext

Von Zeile 72 bis 73 einfügen:

begreifen können. Dies fördert ihr politisches Interesse, stärkt das Vertrauen in politische Strukturen und staatliche Institutionen.

Generationengerechtigkeit endet nicht an nationalen Grenzen
Eine wirklich generationengerechte Politik muss auch global gerecht sein. Denn junge Menschen weltweit sind auf vielfältige Weise mit den Folgen politischer Entscheidungen in Deutschland und Europa konfrontiert – sei es durch Klimawandel, Handelsstrukturen oder globale Bildungsungleichheiten. Wer von Generationengerechtigkeit spricht, muss Verantwortung übernehmen: für faire Entwicklungszusammenarbeit, für eine ambitionierte und solidarische Klimapolitik, für gerechten Zugang zu Bildung, Gesundheit und Mobilität weltweit. Generationengerechtigkeit bedeutet, globale Zusammenhänge mitzudenken und politische Entscheidungen so zu gestalten, dass sie die Rechte und Chancen junger Menschen auf der ganzen Welt stärken – heute und in Zukunft.

Generationengerechtigkeit heißt, die Belastungsgrenzen unseres Planeten zu respektieren
Eine zentrale Voraussetzung für eine gerechte Zukunft ist die Einhaltung der planetaren

Belastungsgrenzen – ökologisch, sozial und ökonomisch. Die Überschreitung ökologischer Grenzen etwa in den Bereichen Klima, Biodiversität oder Ressourcennutzung bedroht direkt die Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen. Auch soziale und ökonomische Kipppunkte, wie globale Ungleichheit oder instabile Wirtschaftsstrukturen, gefährden eine nachhaltige Entwicklung. Generationengerechtigkeit bedeutet, politisch so zu handeln, dass die Erde auch morgen noch ein lebenswerter Ort ist – für alle. Das erfordert eine mutige Umsteuerung: hin zu einem politischen und wirtschaftlichen Handeln, das Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft gemeinsam denkt und die Interessen kommender Generationen systematisch schützt.

Eine zukunftsfähige Gesellschaft erkennt Vielfalt an und gestaltet sie gerecht Generationengerechtigkeit bedeutet, unsere vielfältige Gesellschaft aktiv, inklusiv und diskriminierungskritisch zu gestalten. Junge Menschen wachsen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, Sprachen, Lebensrealitäten und Identitäten auf – ob mit oder ohne Migrationserfahrung. Eine gerechte Politik muss diese Vielfalt anerkennen und gleiche Rechte sowie faire Teilhabechancen für alle sichern. Das gilt insbesondere für junge Menschen mit Fluchtgeschichte: Sie brauchen Schutz, sichere Zugangswege, eine menschenrechtsbasierte Asylpolitik und verlässliche Perspektiven. Generationengerechte Politik stellt sicher, dass Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Diskriminierungserfahrungen kein Hindernis für Mitgestaltung, Bildung oder ein sicheres Aufwachsen darstellen. Vielfalt ist keine Herausforderung, sondern eine Stärke – und eine Grundlage für eine gerechte, offene und zukunftsfähige Gesellschaft.

Eine gerechte Zukunft ist geschlechtergerecht – heute und für kommende Generationen Generationengerechtigkeit ist untrennbar mit Geschlechtergerechtigkeit verbunden. Denn strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern prägen die Lebensrealitäten junger Menschen und wirken sich direkt auf ihre Teilhabe-, Entfaltungs- und Zukunftschancen aus. Eine generationengerechte Politik muss patriarchale Strukturen hinterfragen, Sorgearbeit gerecht verteilen, geschlechtsspezifische Diskriminierungen abbauen und geschlechtergerechte Zugänge zu Bildung, Arbeit, Gesundheit und politischer Repräsentation schaffen. Dabei braucht es auch Raum für queere Perspektiven und Anerkennung vielfältiger geschlechtlicher Identitäten. Nur eine Politik, die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und den Geschlechtern mitdenkt, wird ihrer Verantwortung für eine gerechtere Gesellschaft gerecht.